

# DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

## DEUTSCHLAND

### WAHLEN

SPD

#### Gedeih und Verderb

(siehe Titelbild)

Im Parterre-Salon der Außenminister-Villa auf dem Bonner Venusberg plauderte AA-Chef Willy Brandt gerade mit Staatssekretär Georg Ferdinand Duckwitz über laufende Amtsgeschäfte, als Hausfrau Rut aus der Privat-Etage herabeilte, um die erste TV-Hochrechnung von den baden-württembergischen Landtagswahlen kundzutun. SPD-Chef Brandt wollte es nicht glauben: „Auch Computer können irren.“

Doch hier irrte der Vorsitzende Willy. Als er sich von den Staatsgeschäften ab- und seiner Familie vor dem Fernsehschirm zuwandte, lag das Debakel schon auf die Stelle hinterm Komma fest. An diesem Sonntag Misericordias Domini gab es keine Barmherzigkeit, zumindest nicht für die SPD.

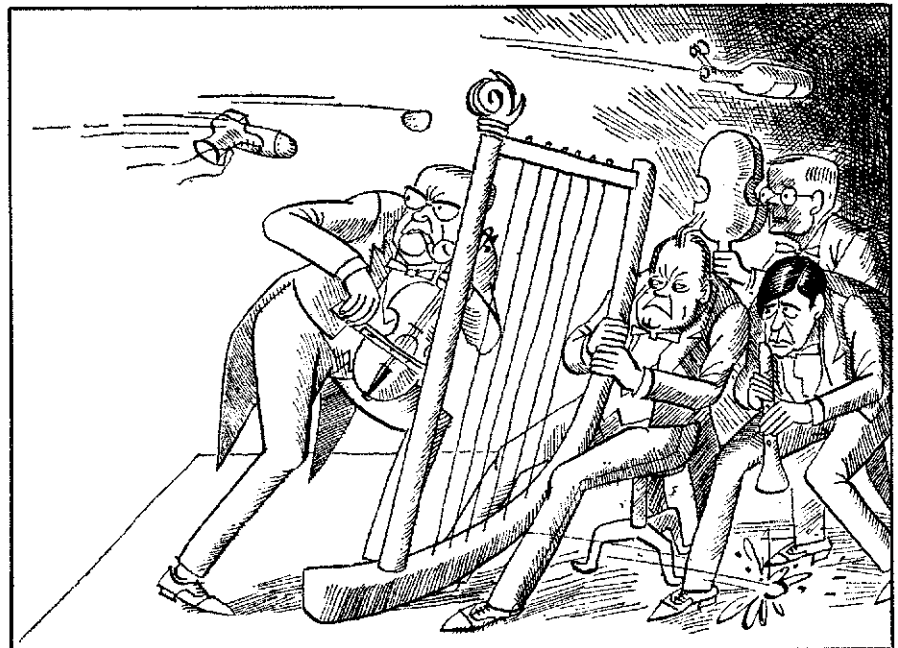
Deutschlands größte politische Partei hatte am 28. April ihre bedeutendste Wahlschlappe seit Kriegsende erlitten. Sie verlor im Lande Baden-Württemberg mehr als ein Fünftel ihrer Wähler. Mit einem Stimmenverlust von 8,3 Prozent — von 37,3 Prozent bei den Landtagswahlen 1964 auf 29 Prozent — fiel sie in das 30-Prozent-Getto zurück.

Die SPD-Niederlage in Deutsch Süd-West, die der Partei beklemmende Aussichten auf die Bundestagswahlen 1969 eröffnet, ist schwerwiegender als der — vor allem vom Ausland (siehe Kasten Seite 28) mit Lamento bedachte — Wahlerfolg der rechtsradikalen NPD. Denn sie offenbart, daß die deutsche SPD ausgerechnet in einer Zeit jugendlichen Aufbegehrens und gesellschaftlichen Umbruchs kein entscheidender Machtfaktor ist.

Das Spiel macht — auch das zeigte Baden-Württemberg — weiterhin die CDU, die weniger als jede andere der Bonner Parteien geeignet ist, der in Bewegung geratenden Gesellschaft neue Horizonte zu weisen. Was sich an Protest gegen das Establishment artikuliert, gegen die geistige Armut und politische Agonie Bonns, schlägt nicht mehr für die SPD zu Buch — weil sie jetzt dazugehört.

Denn die Wahl von Baden-Württemberg war eine Entscheidung gegen die Große Koalition. Und da es die SPD war, die diese Koalition wollte und ermöglichte, trifft die Niederlage auch den Richtigen. Freilich, so konnten es weder die CDU-Führung noch die SPD-Spitze sehen — die eine, weil sie ihrem Bündnis mit der SPD die Macht im Staat verdankt, die andere, weil sie ihr Bündnis mit der CDU in falscher Scham nicht als Mesalliance bezeichnen möchte.

nen, in dem der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg wie ein aufsässiger Student räsionierte, daß die schwarz-rote Koalition — obwohl es „eigentlich keine bessere Konstellation“ dafür geben könnte — weder „die Probleme einer gerechteren Vermögensverteilung“ noch „die Frage der Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihre Stellung in der Wirtschaft und im Betrieb“ mit „der erwünschten Energie aufgegriffen“ habe.



Süddeutsche Zeitung

SPD-Softband: „... die wollen mehr Blech und Pauken“

Keiner der SPD-Redner, die am Montag nach der Wahl im Parteivorstand und in der Vollversammlung der Bundestagsfraktion ein Wort zur Niederlage sprachen, schwang sich dazu auf, die Koalition mit den Christdemokraten in Frage zu stellen. Beklagt wurde nicht die unheilvolle Liaison, die der umarmungslüsternden SPD Herbert Wehners die Potenz raubte, beklagt wurden die Leute, die über das Verhältnis reden.

Zum Beispiel die Gewerkschaften — „die haben uns im Stich gelassen“, fand Vize Wehner. Er hatte am Wahltag ausgerechnet in Springers „Welt am Sonntag“ ein Interview lesen kön-

Zum Beispiel der „innere Krieg“ der vom Koalitionsszweifel angelegten Sozialdemokratie — er lasse, so klagte ein Abgeordneter, die Partei nicht zur Entfaltung kommen. Denn: „Man kommt ja nicht einmal dazu, den eigenen Genossen die Leistungen unserer Minister zu erklären, weil man nicht darüber hinauskommt zu erklären, warum wir überhaupt Minister haben.“

Den Parteivorsitzenden Willy Brandt hatte die Wahlniederlage so getroffen, daß er der Trauergemeinde im Präsidium bedeutete, er wolle auf sein Außenministeramt und die Vizekanzlerwürde verzichten. Er meinte, Justizminister Heinemann könne ja die Ge-

schäfte bis zur Bundestagswahl führen. Brandt: „Es ist wohl richtiger, wenn ich jetzt aus dem Kabinett ausscheide und mich um die Partei kümmerge.“ Doch die Chefpragmatiker der SPD, Wehner, Schiller und Helmut Schmidt, rieten von dramatischen Schritten ab.

Es ging auf Mitternacht, als SPD-Professor Schiller das Fraktionsvolk zur „Katharsis, zur inneren Reinigung in den Köpfen“ aufrief, um zu einer „künftig offensiven Führung unserer Politik“ anzufeuern. Hauptschuldig an der SPD-Pleite bei der Wahl zum Stuttgarter Landtag war laut Schiller, daß man „die Erfolge unserer Bonner Regierungsmannschaft in unglaublichem Maße im Wahlkampf unter Preis verschleudert hat“.

Wirtschaftsminister Schiller dachte in erster Linie an seine eigene Wirtschaftspolitik: „Angenommen, das wäre ein CDU-Wirtschaftsminister gewesen; die wären so eingestiegen, daß sie die absolute Mehrheit bekommen hätten.“

Und dann — psychologisch geschickt — forderte der Professor den Bonner Genossen ein Bekenntnis zur Großen Koalition ab: „Der Rückblick aufs Nein-Sagen gilt nicht.“ Die SPD müsse sich klar entscheiden, rief Schiller, ob sie für die deutsche Demokratie nur die politische Arbeitsbiene oder den moralisch-philosophischen Moderator spielen oder aber als Teilnehmer an der Bundesmacht ein Machtfaktor sein wolle.

Durch brausenden Beifall entschieden sich die Sozis für den Machtfaktor. Es meldete sich kein Redner mehr. Die Kundgebung war geschlossen, und die Genossen brachen durstig in die nächstgelegenen Kneipen auf — die meisten überzeugt, sich um das Vaterland verdient gemacht zu haben.

Müde kehrte Willy Brandt zur nächtlichen Stunde heim. Verdrossen warf er die Diplomatentasche in eine Garderobenecke. Das mehr als zwölfstündige Trauer-Palaver der Parteigremien um eine verlorene Provinz und das Raufen um taktische Rezepte hatten ihn angeödet.

Und wieder befahl den SPD-Vorsitzenden in dieser Nacht die Anfechtung, ob er nicht wider alle Manager-Klugheit seiner Führungsgenossen die Pflicht habe, seinem liebgewordenen Außenministeramt zu entsagen, sich ganz der Partei zu widmen, um ihr zu helfen, sich der lähmenden Umklammerung durch die Christen-Union zu erwehren.

Auch er konnte sich der sozialdemokratischen Dauer-Fatalität nicht entziehen, daß Undank der Welt Lohn sei. „Um den Karren aus dem Dreck zu ziehen“, war die SPD in die Koalition eingetreten — nun entdeckte sich die Partei alleine im Dreck. „Auf Gedeih und Verderb“ währte man sich zur Koalition mit der CDU verpflichtet, um die „großen Fragen der Nation zu lösen“ — nur blieben sie ungelöst, und die CDU hatte den Gedeih, die SPD den Verderb.

Der „rote Jochen“ Steffen, SPD-Chef von Schleswig-Holstein, sagte es

## „GEFAHR VON RECHTS“

Ausländische Zeitungen  
über die NPD-Gewinne

Financial Times, London:

Bonnens sorgsam gepflegtes Bild der Demokratie ist jetzt bedroht, falls die NPD ihren Erfolg in den Bundestagswahlen wiederholen kann.

Aftonbladet, Stockholm:

Jetzt ist der Tisch für den Einzug der Neofaschisten in den Bonner Bundestag mit rund 50 Mandaten gedeckt.

Le Monde, Paris:

Die Vergangenheit des Bundeskanzlers, der seine Schuld niemals öffentlich bedauerte, versetzte ihn in eine ziemlich schlechte Position, den Bannfluch gegen jene zu schleudern, die ihren Überzeugungen von einst treu geblieben waren.

L'Aurore, Paris:

Für die Bundesrepublik Deutschland ist es zweifellos der schwerste Schlag seit ihrer Gründung.

Combat, Paris:

Diese Wahlentscheidung gibt Moskau psychologische Waffen an die Hand, die der Kreml gegen die von einigen seiner Satelliten eingeleitete Liberalisierungspolitik ausbeuten dürfte.

Prawda, Moskau:

Die Wahlergebnisse in Baden-Württemberg haben erneut gezeigt, daß das Wachsen der neofaschistischen Gefahr in der westdeutschen Bundesrepublik und der revanchistisch-militaristische Kurs der Regierung der Großen Koalition Glieder ein und derselben Kette sind.

Information, Kopenhagen:

In Deutschland hat man seit dem Ersten Weltkrieg gesagt, der Feind stehe links... Ob es den Regierungsparteien in Bonn nicht bald dämmert, daß die Gefahr von rechts kommt?

Neue Zürcher Zeitung:

Mit dem Einbruch des Rechtsradikalismus taucht ein Unsicherheitsfaktor in der deutschen Politik auf, der zu manchen Befürchtungen Anlaß gibt und die Stabilität bedroht, die in den vergangenen beiden Jahrzehnten in der Bundesrepublik aufgebaut worden ist.

Times, London:

Die größte Gefahr ist, daß auch verantwortungsvolle Politiker die Nerven verlieren und versuchen, sich die schäbigen Kleider der NPD anzuziehen. Das beginnt sich auf dem rechten Flügel der CDU bereits abzuzeichnen.

so: „Da wollte die SPD nun immer die Stütze der deutschen Demokratie sein und das Vaterland retten; jetzt hat sie bloß die CDU gerettet und die Stütze angesägt.“

Es war immer so. Seit eh und je waren die von Wilhelm II. als „vaterlandslose Gesellen“ beschimpften Sozialdemokraten in der Stunde der Not des Vaterlandes treueste Vasallen gewesen. Nie zögerten sie, sich und ihre Partei zu opfern, wenn die Raison des Staates es zu verlangen schien. Sie taten es

▷ 1914, als sie dem Kaiser Kriegskredite bewilligten und sich ohne Teilhabe an der Staatsmacht zum Burgfrieden bereit fanden;

▷ 1919, als ihre Führer Ebert und Noske die Reichswehr einsetzten, um den bürgerlichen Staat vor revolutionären Eingriffen in seine Sozialstruktur zu bewahren;

▷ 1932, als sie ihre preußische Regierungsbank widerstandslos räumten, um der Republik den Bürgerkrieg zu ersparen.

In der ersten wie der zweiten deutschen Republik waren die Sozialdemokraten den herrschenden Bürgerblockparteien stets teuer als Bollwerk gegen den Bolschewismus und zugleich als — angeblich selber bolschewistisch infizierter — Prügelknabe. Noch im Bundestags-Wahlkampf von 1953 bekämpfte die CDU die Genossen mit dem Plakat: „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau.“

Die werbewirksamen Anwürfe der CDU waren um so infamer, als selbst dem radikalsten SPD-Führer nach dem Kriege, Kurt Schumacher, niemals Kommunismus, geschweige denn Stalinismus vorschwebte, wenn er dem „Klassenstaat“ von Bonn den Kampf ansagte. Im „Grundsatzprogramm“ von Bad Godesberg beseitigte die SPD 1959 denn auch den Widerspruch zwischen „revolutionärer Rhetorik und reformerischer Praxis, demonstrativer Radikalität und biederer Honorigkeit“ (so der SPD-Historiker Theo Pirker).

Die „Genossen“ begrüßten sich fortan als „Parteifreunde“. Das rote Banner wich einem unverfänglichen Blau, die „Internationale“ verstummte. Nicht die „Verdammten dieser Erde“ wollte die SPD mehr wecken, sondern das Vertrauen aller gewinnen — als „Volkspartei“ für Katholiken und Protestanten, Bürgers- wie Bauersmann, Klein- wie Großstädter. Die Sozialdemokraten bekannten sich zur „sozialen Marktwirtschaft“, erklärten „Humanismus“ und „christliche Ethik“ zu Wurzeln ihres „demokratischen Sozialismus“ und sagten ihrem Erzvater Karl Marx endgültig die Genossenschaft auf.

Die Partei paßte — was längst überfällig war — ihr Vorstellungsbild und Wirken der modernen Industriegesellschaft an. Und diese Anpassung machte die SPD attraktiv. Sie gewann ein neues, einflußreiches Mitglied: den „Genossen Trend“. Während die Sozialdemokraten bei der letzten Bundestagswahl vor dem Godesberger

Programm nur einen Stimmzuwachs von drei Prozent errungen hatten, waren es nun, 1961, 4,4 Prozent.

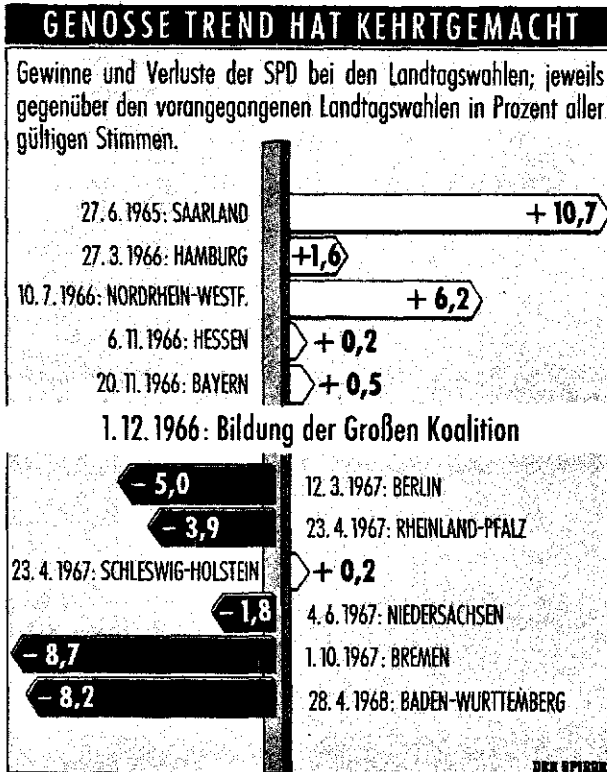
Die SPD begann, Macht zu wittern. Ihr Rezept, sie zu erringen, hieß: noch mehr Anpassung — nun nicht mehr, wie in Godesberg, an die soziale Wirklichkeit des Wirtschaftswunder-Jahrzehnts, sondern an die regierende CDU und deren Politik. Willy Brandt, damals Kanzlerkandidat, hielt dafür, daß man mit der CDU „eine gemeinsame Haltung in allen die Nation betreffenden Fragen“ einnehmen müsse.

Fortan sekundierte Wehner Seeborn beim sudetendeutschen Heimatrecht, verfochten die Sozialdemokraten Bonns Verschmelzung mit einem integrierten Westeuropa ebenso entschieden wie Konrad Adenauer, plädierte die Partei, die einst die „Ohne mich“-Stimmung geschürt hatte, für die Verteidigung der Bundesrepublik „mit allen nötigen modernen Waffen“. In den Debattenprotokollen des Bundestages verschwand die traditionelle Klammer-Anmerkung „Große Unruhe bei der SPD“.

Dafür wuchs die Unruhe bei den Christdemokraten, etwa nach den Landtagswahlen 1966 in Nordrhein-Westfalen, als die SPD die CDU überlieferte. Damals büßte die Union fast 100 000 Wähler ein, die SPD gewann 730 000 dazu. In jedem der 150 Wahlkreise gewann die SPD Stimmen hinzu. Von 150 Direktkandidaten stellte sie 99, nur 353 Stimmen fehlten ihr an der absoluten Mehrheit.

Soziologen und Politologen, die das Zahlengebilde am Tage nach der Wahl sezieren, waren einig darin, daß die Sozialdemokraten diesen Stimmenanstieg zum erstenmal „dem Fortfall traditioneller Hemmnisse“ (so der Kölner Soziologe Professor Erwin Scheuch) verdankten. Die SPD war attraktiv wie nie zuvor für:

- ▷ katholische Wähler, die bislang mit einer scheinbar atheistischen Partei nicht paktieren mochten; in dem Teil der Arbeiterschaft, der katholisch gebunden ist, sympathisierten statt zuvor nur 20 jetzt 30 Prozent mit den Sozialdemokraten;
- ▷ Angestellte und andere Mitglieder des Mittelstandes, die mit einer vorgeblichen Proletariatspartei nicht gemein werden wollten; die Sympathie-Quote bürgerlicher Angestellter für die SPD stieg binnen eines Jahres von 24 auf 41 Prozent, die der gewerblichen Selbständigen von 18 auf 33, die der selbständigen Landwirte von neun auf 27 Prozent;



ständigen Landwirte von neun auf 27 Prozent;

- ▷ Frauen, die stärker noch als Männer mit Anti-SPD-Ressentiments behaftet waren; zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik stimmten mehr weibliche Wähler für die SPD als für die CDU.

Wehner und die SPD sahen sich bestätigt. Offenbar konnte in Deutschland nur Erfolg haben, wer so war wie die CDU. Aber die SPD erfüllte nun wieder einmal, was der Schriftsteller Carl Amery „patriotisches Übersoll“ genannt hat: Sie ging die Große Koalition mit der CDU ein.

Es war allenfalls ein Trick, um — partiell — an die Macht zu kom-

men; und er bewirkte die Selbstentmachtung. Es war bestenfalls ein Opfergang, um „eine Krise des Staates abzuwehren“; und er half doch nur der damals von Krise zu Krise schlitternden CDU. Die SPD führte ihre Anpassungsstrategie zur Vollendung und mußte von Stund an für diese Rolle, die sie für staatstragend hielt, zahlen.

Für viele unzufriedene Kleinbürger war die SPD nun nicht mehr das geeignete Vehikel, auf dem man Protest abladen konnte; politisch engagierte Bürger wandten sich enttäuscht ab; die junge Intelligenz ging auf die Straße — und der „Genosse Trend“ machte sich davon.

Die SPD verlor bei den Wahlen in Berlin fünf Prozent (März 1967), Rheinland-Pfalz 3,9 Prozent (April 1967), Niedersachsen 1,8 Prozent (Juni 1967). Nur in Schleswig-Holstein (April 1967) ergatterte die Partei noch einen Zuwachs — hinterm Komma (0,2 Prozent).

„In Schleswig-Holstein ist es wenigstens stabil geblieben“, sorgte sich CDU-Kanzler Kiesinger um seine Koalitionspartner. Die Sorge um die SPD ging so weit, daß sich Kurt Georg Kiesinger, dessen barmherziges Vati-Image den deutschen Bürger wieder mit der CDU versöhnte, vor der Niedersachsenwahl weigerte, seinen Kopf für Wahlplakate hinzuhalten. Es half nichts, die CDU gewann 139 643 Stimmen hinzu. Zum erstenmal kam sie im roten Niedersachsen über die 40-Prozent-Marke.

Die SPD hingegen büßte 70 151 Stimmen ein, ihr Prozentanteil sank von 44,9 auf 43,1. SPD-Landesvorsitzender Egon Franke verteidigte gleichwohl das unheilvolle Bonner Bündnis: „Wir sind eine Partei, die sich noch immer geopfert hat, wenn es ums Ganze geht.“ Und Herbert Wehner trotzig: „Die SPD hat keinen Grund, das Ruder herumzuwerfen.“

Was sich in den ersten Monaten der Bonner Zwei-Parteien-Herrschaft ankündigte, wurde nach einem tristen



Anti-SPD-Demonstranten in Calw: Alleine im Dreck

Jahr Großer Koalition Gewißheit: Der SPD-Vormarsch war nicht nur stekengeblieben, die Partei schlitterte in verlustreiche Niederlagen.

In Bremen, seit je eine rote Feste, büßten am 1. Oktober letzten Jahres die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit ein, die sie zwölf Jahre lang behauptet hatten. Sie verloren 8,7 Prozent der Stimmen: Jeder sechste SPD-Wähler entschied sich diesmal anders.

Herbert Wehner beschwichigte: „Ein sehr lokales Ereignis.“ So lokal wiederum sah es der — jetzige — Bremer Bürgermeister Hans Koschnick (SPD) nicht: „Diese Schlappe verdanken wir auch der Großen Koalition.“

Als jetzt der Wahltermin in Baden-Württemberg näher rückte, war sicher, daß die Sozialdemokraten unsicher geworden waren. Im Wahlkampf prophezeite Nachwuchsmann Horst Ehmke seinem Parteivorsitzenden präzise, daß „wir unter 30 Prozent“ und „entweder die CDU auf 50 oder die NPD auf zehn Prozent kommen“. Willy Brandt: „So schlimm wird es nicht werden.“ Und der SPD-freundliche „Mannheimer Morgen“ deutete das resigniert-abgeklärte Auftreten des SPD-Vorsitzenden im Wahlkampf als „das beruhigende Säen eines Landmannes, der weiß, daß seine Saat gute Frucht bringt“.

Es waren bittere Früchte. Ein Jahr Große Koalition reichte hin, die SPD in der Wählergunst um zwölf Jahre zurückzuwerfen. In Baden-Württemberg, dem drittgrößten Bundesland, bekam die SPD eins übergewehnt.

Die Partei verlor in den großen Städten und in den kleinen Orten. Sie wurde niedergestimmt auf dem flachen Lande und in den Industriezentren. Sie verlor Wähler an Christdemokraten und Freie Demokraten, an die Demokratische Linke und Nationaldemokratische Rechte.

Ihre Einbußen pendelten zwischen zwei Prozent (im oberschwäbischen Saugau) und 15 Prozent (im nordwürttembergischen Wahlkreis Ludwigsburg II). Sie verlor am meisten dort, wo sie am stärksten gewesen war. Sie kam glimpflich davon, wo sie ohnehin wenig Wähler hatte.

Die Sozialdemokraten verloren gegenüber der letzten Landtagswahl 225 756 Wähler — obwohl 264 000 Bürger mehr als 1964 einen gültigen Stimmzettel abgaben. In nur neun von 70 Wahlkreisen wurde die SPD stärkste Partei. Nur in einem einzigen Kreis, Ehingen-Münsingen, gewann sie Wähler hinzu — ganze 192.

Das Dilemma im Südwesten, den sich einst Fürsten und Landgrafen geteilt hatten, inspirierte den wissenschaftlichen Mitarbeiter der Stuttgarter SPD-Fraktion, Dr. Gerhard Lang, zu einer Parodie auf eine alte Studentenweise: „Scheiße, sprach der Großherzog, als die Wahl vorüberzog. Und die Herzogin sprach leise dreimal Scheiße, Scheiße, Scheiße. Und sie hatten beide recht, denn die Wahl war wirklich schlecht.“

In allen Großstädten des Landes lagen die Verluste über der Durchschnittsmarke. In sämtlichen fünf



## Beaulieu

### Die perfekteste Super 8-Filmkamera der Welt

Beaulieu, ein großer Name für Filmkameras der ganz großen Klasse. Aufbauend auf jahrelanger Erfahrung schuf Beaulieu

jetzt für den neuen Super 8-Film eine hervorragend schöne und technisch außergewöhnlich vielseitige Kamera.

### Beaulieu 2008 S — die perfekteste Filmkamera der Welt für das einfachste Filmsystem der Welt

Zugegeben, eine Beaulieu-Filmkamera ist nicht billig (mit Angénieux Zoom 8-64 DM 2675,-), doch keine sonstige Super 8 Filmkamera besitzt einen solch hohen Gebrauchs- und Anlagewert.

Alle Details, wie Wechselobjektiv, Blenden-elektronik u. v. a., die Ihren „Beaulieu-Filmen“ außergewöhnliche Bildqualität verleihen, hier aufzuzählen, ist nicht möglich.

Schreiben Sie bitte unter dem Stichwort „Beaulieu 2008 S“ an Ritter Filmgeräte GmbH, 68 Mannheim, Beethovenstraße 2 oder rufen Sie einfach an. Tel. 0621-46685/47885, Telex 04-63452.

Wir senden Ihnen Informationsmaterial sowie eine Liste der autorisierten Beaulieu-Fachhändler in Deutschland u. Österreich.



**RITTER FILMGERÄTE GMBH MANNHEIM**

Extra-Service Nr. 5



## Bei Menü Schneewittchen, Winnetou, Bambi oder Donald Duck pfeift man auf Papis Pfeffersteak

Für uns sind die kleinen Gäste genau so wichtig wie die großen. Wir mögen Kinder! Bei uns haben sie sogar ihre eigene Speisekarte. Sie können wählen – wie die Großen. Das macht Spaß, und das Essen schmeckt noch mal so gut. – Bis zu 12 Jahren wohnen Kinder im Zimmer der Eltern umsonst. Und wenn Sie abends ausgehen wollen – wir haben sogar einen Babysitter für Sie! Bringen Sie also Ihre Kinder mit. Bei uns können Sie es.

**Hannover** (am Tiergarten), Tiergartenstraße 117, Telefon 523092  
**Freiburg (Breisgau)**, Sundgauallee 27, Telefon 82771  
**Sindelfingen (Stuttgart)**, Wilhelm-Haspel-Straße 101, Telefon 81088  
**Heidelberg**, Pleikartsförsterstraße, Telefon 34022  
**Nürnberg** (am Flachweiher), Münchener Straße 283, Telefon 49441  
 und in Schweden, Dänemark, England, Holland, Belgien, Italien.  
 Reservierungen in jedem Esso Motor Hotel und in allen Reisebüros.



### Der i-Punkt Ihrer Autoreise – Esso Motor Hotels

Senden Sie mir kostenloses Informationsmaterial (Zutreffendes bitte ankreuzen) S-5

- |   |  |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Esso Motor Hotels in Deutschland | Bitte einsenden an<br>Esso Motor Hotel GmbH – 2 Hamburg 36,<br>Neuer Jungfernstieg 21<br>(Bitte Absender nicht vergessen!) |
| <input type="checkbox"/> Esso Motor Hotels in Europa      |  |
| <input type="checkbox"/> das Happy Weekend-Sonderangebot  |  |

COUPON

COUPON

Stuttgarter Wahlkreisen büßte die SPD zwischen zehn und 14 Prozent der Stimmen ein. Allein in der Landeshauptstadt liefen ihr 33 000 Wähler davon.

Auch in den hochindustrialisierten schwäbischen Landstrichen, in denen die Sozialdemokraten eine stattliche Zahl von 40-Prozent-Domänen besaßen, rutschten sie an die 30-Prozent-Marke:

- ▷ im Wahlkreis Reutlingen von 44,1 auf 31,1 Prozent;
- ▷ im Wahlkreis Nürtingen von 41,2 auf 30,4 Prozent;
- ▷ in den beiden Ludwigsburger Wahlkreisen von 43,7 auf 31,6 sowie 46,2 auf 32,9 Prozent.

Und im Wahlkreis Pforzheim half es nichts, daß Fritz Erlers Witwe Käthe in einem Zeitungsinserat den SPD-Kandidaten Fritz Bauer als Freund ihres Mannes herausstrich, „der große Stücke auf seinen Sachverstand, seine Tatkraft und seine Hilfsbereitschaft hielt“.

Die Wähler der Schmuckstadt hielten nicht so große Stücke von ihm, bescherten der SPD einen Stimmenverlust von 10,3 Prozent und überlegten den Wahlkreis der CDU. Kandidat Bauer erlitt einen Herzanfall.

Einzig in einigen ländlichen Gebieten mit überwiegend katholischer Bevölkerung, wo SPD-Sympathien schon immer auf einen festen Wählerstamm begrenzt waren, hielt sich die Partei leidlich – etwa im Wahlkreis Sinsheim, wo nur 5,3 Stimmprozent verlorengingen, oder in Lahr, wo es bei 3,7 Prozent blieb.

Auf der düsteren Wahlstatt, auf der die Sozialdemokraten am Tage danach ihre Verluste überschlugen, waren das jedoch nur schwache Lichtpunkte. „Der Sack, in dem die SPD Wähler verschiedener Motivation einsammeln konnte“, so analysierte der Kölner Soziologe Professor Erwin Scheuch (siehe Seite 30) die Lage der Partei seit der Großen Koalition, „ist unten aufgeschlitzt, und er rinnt allmählich aus.“

Manches aus dem Sack fiel an die NPD. In zahlreichen Wahlkreisen, in denen die SPD hohe Verluste hinnehmen mußte, heimsten die Nationaldemokraten hohe Gewinne ein. So im Wahlkreis Karlsruhe I, wo die SPD 9,3 Prozent verlor, die NPD 11,4 Prozent gewann. So in Pforzheim (10,3:9,7), in Donaueschingen (7,9:8,5), Lörrach (11,5:11,1) und in Ludwigsburg I (12,1:11,9). Im Wahlkreis Böblingen zum Beispiel – mit dem Mercedes-Betrieb Sindelfingen und den IBM-Werken – verlor die SPD 2689 Stimmen (9,7 Prozent), die NPD aber gewann insgesamt 8268 Wähler.

Freilich: Nicht allein die SPD lieferte Wähler für die Rechte. Die NPD des früheren NS-Ortsgruppenleiters Wilhelm Gutmann (siehe Seite 36) und des ehemaligen HJ-Obergebietsführers Werner Kuhn siegte dort, wo es jedermann erwarten konnte – aber auch da, wo es jedermann überraschen mußte.

Die Nationaldemokraten schnitten gut ab in landwirtschaftlichen Not-

standsgebieten, so im Hohenlohischen, wo sie in Öhringen auf 14,8 Prozent, in Crailsheim auf 14,5 und in Tauberbischofsheim auf 14,3 Prozent kamen. Doch sie buchten auch Erfolge in großstädtischen Wohlstandsregionen wie Stuttgart (8,4 bis 10,6 Prozent), Mannheim (10,9 bis 12,1) oder Karlsruhe (11,4 Prozent).

Zwar erwiesen sich die überwiegend katholischen Landesteile zumeist als resistent gegen nationaldemokratische Parolen. Gleichwohl holte sich die NPD beispielsweise im schwarzen Landkreis Sigmaringen 8,9 Prozent.

„Wer die NPD nur als Krisenpartei versteht“, so mahnte Soziologe Scheuch nach der Wahl, „wird in den Ergebnissen von Baden-Württemberg dafür wenig Unterstützung finden.“ Und das Bad Godesberger „Infas“-Institut kon-

**An alle Wählerinnen und Wähler  
von Pforzheim-Stadt und Land**

Sie sind sich noch nicht schlüssig  
geworden, welchem Kandidaten Sie  
am Sonntag Ihr Vertrauen  
schonken sollen?



**Wenn Sie mich fragen,  
ich wähle FRITZ BAUER**

Er gehörte jahrelang dem Freundeskreis meines Mannes an, der große Stücke auf seinen Sachverstand, seine Talkraft und seine Hilfsbereitschaft hielt.

Ich habe Fritz Bauer in zwei Jahren gemeinsamer Tätigkeit im Pforzheimer Stadtrat als verantwortungsbewußten Kommunalpolitiker und verständnisvollen Menschen schätzen gelernt.

Ich bin fest davon überzeugt, daß er die Interessen aller Bürger unseres Wahlkreises in Stuttgart gut vertreten wird.

**Ihre Käthe Erler**

**SPD-Wahlinserrat in Pforzheim**  
Große Stücke helfen nicht

statierte: „Die NPD holte ihre Wähler aus allen Parteien.“

Fast jeder zehnte Stimmbürger im deutschen Südwesten wählte Nationaldemokraten. Die Partei bekam 381 393 Stimmen. In 28 der 70 Wahlkreise erreichte sie mehr als zehn Prozent, in keinem blieb sie unter sechs Prozent.

Einen Rekord stellte die NPD im 900-Seelen-Flecken Dertingen auf. Dort, wo wohlhabende Bauern nicht selten zwei Mercedes-Autos auf dem Hofe halten, gewann sie 55 Prozent der Stimmen. Das Dorf in Nordbaden ist die Heimat des NPD-Wahlkreis-kandidaten und Landwirts Valentin Götz, der sich auf Wahlprospekten mit seiner HJ-Vergangenheit und 35 geknackten Panzern brüstete.

HJ-Führer und alte Kämpfer siegten in einem Land, das bislang als Musterfall politischer Balance und Hort liberaler Toleranz galt. Dort bezeichnen drei von vier Bürgern die Lebensbedingungen als „mustergültig“, gibt

**St. Raphaël ist ein Aperitif  
für alle möglichen  
Gelegenheiten.**

**Und für alle unmöglichen.**



Wie für eine Party. Denn es gibt Leute, die eine Unterhaltung mit Alkohol aber nicht zu vielen Prozenten lieben. Sie trinken den Aperitif gut gekühlt mit einem Stück Zitronenschale. Oder mixen mit ihm Cocktails. Nichts ist unmöglich. Aber nach wie vor trinkt man Aperitif vor einem guten Essen. Und nach wie vor empfangen Leute von Format ihre Gäste mit St. Raphaël. Na denn, auf möglichst viele Gelegenheiten.

**St. Raphaël**  
l'apéritif de France

Import und Vertrieb: Martin & Rossi Aktiengesellschaft 655 Bad Kreuznach

es die wenigsten Arbeitslosen, verlief der Rezessions-Winter der deutschen Wirtschaft am mildesten.

Ausgerechnet dort verloren die Sozialdemokraten einen Teil der mittelständischen Wähler, die ihnen aus dem 30-Prozent-Getto herausgeholfen hatten, verloren sie Protestwähler aller sozialen Schattierungen, denen die angepaßte SPD kein politisches Heilmittel mehr bedeutet. Ausgerechnet im wirtschaftlich stabilsten und steuerkräftigsten Bundesland, in dem die SPD den Finanz- und Wirtschaftsminister stellte, erlebte die Partei ihr Waterloo.

„Plötzlich“, schrieb letzte Woche „Die Zeit“ angesichts des SPD-Desasters und des NPD-Erfolges, „sind die Uhren der deutschen Demokratie zurückgestellt worden. Das so tröstlich empfundene Wort, Bonn sei nicht Weimar, gilt nicht mehr unbestritten. Vom

Die NPD geriert sich heute nicht so verfassungsfeindlich, daß ein Verbotsantrag Bonns beim Verfassungsgericht Aussicht auf Erfolg verspräche. Und den SDS, der sich nach Meinung des Innenministeriums verfassungsfeindlich verhält, möchte Bonn aus Gründen politischer Opportunität nicht in den Untergrund treiben — aus Furcht vor einer noch stärkeren Welle studentischer Solidarisierung.

Die von Bonn immer wieder beteuerte Einsicht, man müsse mit dem Radikalismus politisch fertig werden, mündet in das Paradoxon, daß die etablierten Parteien gleichwohl die politischen Lösungen nicht mehr finden. Die Politiker am Rhein kennen die Ursachen der Radikalisierung, können sie aber nicht mehr beseitigen: Die Große Koalition ist tabu, und das heißt, daß der verhängnisvolle politische Immobilismus staatstragend ge-

Und wie jedesmal nach Landtagswahlen, die — mit einer Ausnahme in Schleswig-Holstein — der SPD seit ihrem Eintritt in die Bonner Koalition sämtlich Verluste brachten, erklärte das Präsidium schließlich per Kommuniqué, es sei „der SPD bisher nicht ausreichend gelungen, die Leistungen ihrer Regierungsmannschaften... überzeugend darzustellen“. Und wie stets gelobte die Baracke, die Partei werde aus der Niederlage nun wirklich und wahrhaftig „Lehren ziehen“.

Zu künftigen Wahl-Heil sollen nun zunächst einmal organisatorische Verbesserungen führen. So will der Parteivorstand noch an diesem Donnerstag über die Bestallung von drei bisher fehlenden Führungskräften beschließen:

- ▷ Bundesgeschäftsführer,
- ▷ Wahlkampfleiter und
- ▷ Public-Relations-Chef.

Damit allein freilich kann die Partei ihrem Dilemma nicht entinnen, zumal in der SPD die Spannungen wachsen. Der Vorsitzende Brandt ist mit der übrigen Führungsmannschaft seiner Partei innerlich zerfallen. Er ist enttäuscht von seinem Vize Herbert Wehner, der ihn in die Große Koalition hineinnötigte und nun, da sich dieser Schritt als verhängnisvoll erweist, den toten Maikäfer spielt und tut, als trügen andere mehr Schuld. Dem SPD-Professor Schiller verübelt Brandt, daß dieser ohne Rücksicht auf sozialdemokratische Prinzipien sich als neuer Wirtschaftswundermann geriert.

Und besonders gram ist Brandt dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt, der am Dienstag letzter Woche in der Bundestagsdebatte über die Unruhe der Jugend eine Rede hielt, die nicht nur Sozialdemokraten als reaktionär gilt. Später schalt Brandt: „Das ist alles, was den Herren einfällt, auf die jungen Leute draufzudreschen.“

Außerdem: Die Große Koalition hat eine innerparteiliche Opposition heraufbeschworen — aus Linken vor allem, die das Bündnis mit der CDU von Anfang an bekämpften.

Vergeblich hat die Parteispitze bislang versucht, der wachsenden Profilneurose Herr zu werden. Weder die vom Justiz-Staatssekretär Horst Ehmke kreierte „Strategie des begrenzten Konflikts“ gegenüber der CDU noch der vom Parteivorstand bei Ehmke in Auftrag gegebene „Perspektiven“-Programmwurf konnten die verdrossenen Genossen aufmuntern.

Von den vagen „Perspektiven“-Sprüchen („Die Welt ist in Bewegung geraten“, „Wir leben in einer offenen Welt“) wirkte einer nach der Wahl von Baden-Württemberg wie eine böse Ironie: „Die Zukunft hat schon begonnen.“

Die Zukunft der Partei, das stand nach der Wahl am Neckar fest, war von Herbert Wehner falsch berechnet worden. Erst hatte sich die SPD von Karl Marx getrennt, nun versagte sich ihr Adam Riese.



SPD-Wahlplakat in Weil: „CDU gerettet, Stütze abgesägt“

Zug zum Zwei-Parteien-System ist nichts mehr zu spüren.“

Und die SPD kann das Mehrheitswahlrecht nun, da sie das wieder zu werden droht, was sie partout nicht mehr sein wollte — eine Arbeiterpartei unterhalb der 30-Prozent-Marke —, auch nicht mehr herbeisehnen. Wäre in Baden-Württemberg nach dem reinen Mehrheitswahlrecht gewählt worden, hätte die CDU — obwohl auch sie Stimmen verlor — etwa 86 Prozent aller Mandate errungen.

Der Anteil der Wähler, die sich nicht mehr von den beiden großen Parteien repräsentiert fühlen, hat sich vervielfacht. Die hoffnungslos unterrepräsentierte Opposition beginnt, in die extremen Flügel abzuwandern — hier Aufbruch der Studenten, dort Anwachsen der NPD.

Die Große Koalition scheint weniger denn je in der Lage, auf diese Veränderungen angemessen zu reagieren. Sie findet gegenüber den Minderheiten, mit denen sie nun leben muß, keine Einstellung.

worden ist. Von Reformen wird geredet, sie auszuführen, scheint niemand mehr imstande.

Die Paralyse ist so weit fortgeschritten, daß es der SPD nicht einmal helfen würde, wenn sie jetzt in einem Verzweiflungsakt aus der Koalition ausbrechen würde. Denn ob die abgeschwirrten Wähler schon bei der nächsten Wahl wieder zur Stelle wären, ist mehr als zweifelhaft. Mehr noch: Würde die SPD in der Opposition durch radikalen Reformeifer Protestwähler zu gewinnen suchen, böte sie das Bild einer Umfallpartei, die bekämpfen müßte, was sie jetzt vertritt — was andere Wähler wieder abschrecken müßte.

Abgesehen davon, da ist keiner in der SPD-Führung, der diesen Kraftakt überhaupt vollbringen könnte. Nolens volens steht die SPD zur CDU — in tödlicher Umarmung zur Liebe gezwungen, von vager Hoffnung zehrend, daß die Bundestagswahl 1969 alles doch noch wenden möge.